

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	89 (1995)
Heft:	10
 Artikel:	Sumaya Farhat-Naser im Gespräch mit Rosmarie Kurz : Nahost : Prüfstein Wasser
Autor:	Farhat-Naser, Sumaya / Kurz, Rosmarie
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-143931

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nahost: Prüfstein Wasser

Im Zusammenhang mit dem Golfkrieg hat der Friedensforscher Johan Galtung von den zukünftigen Problemen im Nahen Osten gesprochen und dabei die Wasserfrage als die zentrale Zukunftsfrage sowohl für Israel als auch für die palästinensischen Gebiete bezeichnet. Vom Wasser ist derzeit auch in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen die Rede. Begleitend dazu war in der Presse zu lesen, dass die israelische Bevölkerung durch eine Fernsehsendung aufgeschreckt worden sei, welche die derzeitigen Verhältnisse in Hebron anprangerte. Zu sehen waren vertrocknete palästinensische Pflanzungen, während gleichzeitig in der benachbarten israelischen Siedlung Kirjat Arba die Bewässerungsanlagen liefen und das Schwimmbad in Betrieb war. Diese Diskrepanz wurde vom israelischen Umweltminister Jossi Sarid als «widerwärtig und beschämend» bezeichnet (Jüdische Rundschau, 24.8.95). Israeliische Experten betonten aber gleichzeitig, dass die prekäre Wasserversorgung von Hebron und andernorts in den besetzten Gebieten auch mit beschädigten Leitungen zu tun habe, deren Reparatur von den lokalen Behörden vernachlässigt werde.

Wie beurteilt Sumaya Farhat-Naser – Dozentin für Ökologie und Botanik an der Universität Birzeit – die Wasserfrage in Hebron und in den übrigen besetzten Gebieten? Welche Chancen sieht sie, dass es in dieser Frage, von der auch die wirtschaftliche Entwicklung abhängt, in den Autonomieverhandlungen zu einer gerechten Lösung kommt? Wie beurteilt sie die laufenden Verhandlungen generell? Sumaya Farhat-Naser gab auf diese Fragen in einem Gespräch am 30. August 1995 die folgenden Antworten.

R.K.

Warum das Wasser knapp wurde

Die Wasserfrage ist eine zentrale Frage im israelisch-palästinensischen Konflikt und letztlich für beide Konfliktparteien (wie übrigens auch für die umliegenden Länder wie Jordanien) eine Überlebensfrage.

Zum einen wird sie durch Veränderungen in den klimatischen Verhältnissen bestimmt – besonders in unserer Region, wo die Wasserverteilung unregelmässiger und unberechenbarer geworden ist, die jährliche Regenmenge schwankt und gegenüber früheren Jahren zurückgeht. Zum anderen ist die zunehmende Verknappung des Wassers eine Folge des massiven Bevölkerungszuwachses durch Hunderttausende von Einwanderern seit der Staatsgründung in Israel.

Ein weiterer Faktor, der während der vergangenen Jahrzehnte zur Wasserverknappung beitrug, ist die Abkehr von der Trocken-Landwirtschaft, die bewusst die Niederschläge der Saison nutzte, zu einer Bewässerungs-Landwirtschaft. Durch andere Anbauprodukte wollte man die Natur zu mehr Ertrag zwingen. Zum Beispiel mit dem Anbau von Zitrusfrüchten, die extrem viel Wasser verbrauchen, haben wir – um eines kurzfristigen Profites willen – unser Wasser sozusagen exportiert. Es fehlte sowohl für die israelischen wie auch für die palästinensischen Gebiete eine umfassende Planung, die den Schutz der Natur vor den Profit gesetzt hätte.

Eine weitere Folge der bewässerten Landwirtschaft ist zudem die steigende Anfälligkeit der Produkte. Um trotzdem den Erfolg zu garantieren, ist der Einsatz

von Pestiziden, Fungiziden und anderen Chemikalien nötig geworden. Ökologisch gesehen ist das ein zusätzlicher und tiefgreifender Eingriff in die Natur. Hier eine Balance zu finden, die den wirtschaftlichen wie auch den ökologischen Bedürfnissen Rechnung trägt, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Israel und das palästinensische Wasser

An und für sich würden die Grundwasser, die unter den palästinensischen Gebieten liegen, den Wasserbedarf der Palästinenser längstens decken. Mit der *Besetzung von 1967* sicherte sich aber Israel durch Sondergesetze die volle Verfügungsgewalt über unser Grundwasser. Ein palästinensischer Bauer kann auf seinem Land nur mit israelischer Bewilligung, die selten und nur für den Hausgebrauch erteilt wird, nach Wasser graben oder seinen Brunnen vertiefen, während der Siedler unbehindert nach Wasser graben darf. Die palästinensischen Wasserressourcen wurden total an das israelische Wassernetz angeschlossen, und Israel deckt rund einen Drittels seines Wasserbedarfs aus unseren Beständen.

Dazu kommt der Wasserbezug der *Siedler*. Die 130 000 Siedler verbrauchen ungefähr gleich viel Wasser wie rund eine Million Palästinenser. Auch im heißesten Sommer, während palästinensische Anbauflächen vertrocknen, blühen in den Siedlungen die Gärten.

Die *Zuteilung der Wassermengen* für die palästinensische Bevölkerung wird durch die Militärbehörden festgelegt und kontrolliert. Während die Leute in meinem Dorf pro Tag Anspruch auf 32 Liter haben, beläuft sich der Anspruch der Siedler, die nur zwei oder drei Kilometer von meinem Dorf entfernt leben, pro Tag und Person auf 332 Liter, also das Zehnfache. Die Zuteilungszeit ist zudem beschränkt. Wenn das Wasser bei uns kommt, werden Tanks und Behälter auf den Dächern gefüllt. Oft weiß man nicht, zu welcher Zeit das Wasser kommt. Manchmal hören wir es nachts rauschen. «Das Wasser kommt!» rufen die

Leute im Dorf. Sie stehen auf und füllen die Behälter auf den Dächern, auch Töpfe und Krüge – alles, was sie haben –, damit sie mit dem zugeteilten Wasser auskommen. Manchmal warten wir in der Sommerzeit tagelang vergeblich auf Wasser. In Israel selber und in den Siedlungen wird dagegen das Wasser nie abgestellt.

Dazu kommt, dass wir für das Wasser wesentlich *mehr bezahlen*. Ein Kubikmeter Wasser kostet für einen Israeli 0,7 Schekel – bei uns in Birzeit 3,7 Schekel. Die Differenz dieses Preises geht in die Kasse der Militärbehörden, die das Wasser über die israelische Wassergesellschaft bezieht. Diese Tatsachen, die bei uns längst bekannt sind, wurden kürzlich durch die Europäische Gemeinschaft, die im Bereich von Bethlehem ein Kanalisationssystem aufgebaut hat, öffentlich gemacht.

Bedrohtes Grundwasser

Ein weiteres Problem ist die *Verschmutzung* des Grundwassers. Palästinensische Dörfer bekommen von den Besatzungsbehörden nicht die Erlaubnis, Wasserleitungen anzubringen. Ein Drittel der Gesamtbevölkerung – in den Dörfern sind es 37 Prozent – hat *kein fliessendes Wasser*, nicht weil das Geld dazu fehlt, sondern weil der Militärgouverneur die Bewilligung verweigert. Mit Wasserleitungen wären auch viele hygienische Probleme behoben und der Wasserverbrauch kontrolliert. Noch sind in den Dörfern Frauen gezwungen, das Wasser auf dem Kopf nach Hause zu tragen, weil Wasserleitungen fehlen. Das ist nicht nur eine sinnlose Demütigung, sondern bringt auch die Verschmutzung der meist offenen Quellen mit sich.

Zur Verschmutzung des Grundwassers trägt auch das *Abwasser der Siedlungen* bei, die auf unseren Hügeln errichtet wurden; es fliesst zu Tale, verschmutzt das Grundwasser und gefährdet die palästinensische Landwirtschaft. Neben Birzeit liegt ein Flüchtlingslager mit 9000 Bewohnern. Auch hier fehlt fliessendes Wasser – die Frauen müssen es bei den Zapfstellen holen. Weil eine Kanalisation fehlt, fliesst

das Wasser in offenen Kanälen talwärts zum Dorf Jifna und verschmutzt dort das Grundwasser. Seit Jahren fordern die Leute von Jifna erfolglos, dass man das Problem löst.

Eigeninitiative wird verhindert

Die Installation von Wassernetzen, ihre Planung und Genehmigung liegen wie die Sicherstellung der Finanzen in der alleinigen Kompetenz der *Militärbehörden*. Ich habe im Rahmen eines Dorfentwicklungsprogramms der Universität Birzeit in den Jahren 1984/85 zusammen mit dem Community Help Program eine Untersuchung durchgeführt. Das Programm sah Wasserleitungen für drei Dörfer vor. Die Finanzierung war durch internationale Organisationen zugesagt worden. Die Genehmigung für dieses Projekt wurde nicht erteilt – mit der Begründung, wir hätten nicht das Recht, uns in diesem Bereich einzumischen. Dass man uns seit jeher kein Recht zugestand, eigene Initiativen zu entwickeln, hat dazu geführt, dass viele Dörfer bis heute keine Wasserleitungen haben.

Dass die prekäre Wasserversorgung in Hebron und andernorts in den besetzten Gebieten auch mit *beschädigten Leitungen* zu tun hat, deren Reparatur von den lokalen palästinensischen Verwaltungen vernachlässigt werde, ist ein Vorwurf, der immer wieder erhoben wird, wenn wir uns über die prekäre Wasserzuteilung und die hohen Kosten des Wassers beklagen. Die Wartung des Wassernetzes liegt tatsächlich in der Verantwortung der lokalen Behörden, die von den Militärbehörden für diese Infrastrukturaufgabe bezahlt werden. Weil nun aber die zur Verfügung gestellten Mittel zu gering sind, um genügend und entsprechend ausgebildete Leute für einen permanenten Reparaturdienst anzustellen, ist es nicht möglich, jederzeit sofort einzutreten, wenn zum Beispiel bei Überdruck Wasseruhren ausfallen oder Wasserleitungen platzen.

Die Verantwortung für das Wassernetz und seine Wartung tragen somit die Militärbehörden, die über die Finanzen auch die

Wartung der Installationen steuern, die Sorge um das Wasser aber politischem Kalkül hintanstellen.

Weite Landstriche veröden

Zu einer gesunden Wasserwirtschaft gehört die Sorge um die *Wasserspeicherung*. Der Boden muss so bearbeitet werden, dass das Regenwasser in unserer Hügellschaft, wo der meiste Regen fällt, nicht ungenutzt zu Tale fliest, sondern langsam in die Grundwasserreservoirs versickert. Die militärische Besetzung hat nun aber in den vergangenen 30 Jahren eine zunehmende Verödung weiter Landflächen zur Folge gehabt, die zu ernsten ökologischen Problemen und damit zur Senkung des Grundwasserspiegels führte. Weite Landflächen, die zuvor zum Anbau genutzt worden waren, wurden konfisziert und im Rahmen der Siedlungs-politik überbaut. Andere Gebiete verödeten, zum Beispiel, weil die Nachkommen der ehemaligen Besitzer nach 1967 nicht mehr in ihre Dörfer zurückkehren durften oder weil die Landwirtschaft keine ausreichende Existenz mehr bot. Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist innerhalb 30 Jahren auf einen Drittel zurückgegangen. Die Terrassen-Bebauung, die einst die Wasserspeicherung sicherte, zerfällt, was die Bodenerosion beschleunigt.

Eine wichtige Gegenmassnahme wäre die *Aufforstung*, um die Erde an der Oberfläche zu konservieren. Das wird nun aber auf Brachland durch Militärverordnungen verhindert. Gepflanzt werden darf nur auf Privatland, wo die Leute Nutzpflanzen setzen, um davon leben zu können.

Gemeinsam die Verantwortung übernehmen

Selbstverständlich wirkt sich hier auch das *Fehlen von staatlichen Strukturen* aus. Es hat zur Folge, dass die Planung und Förderung landwirtschaftlicher Ressourcen ausgeblieben ist. Eine Planung zum Schutz der Natur fehlt aber auch auf israelischer Seite, wo die Besiedlungspläne und

damit politische Ziele Priorität haben. Eine – für Israeli und Palästinenser – gemeinsame Zukunftsaufgabe wäre es, gemeinsam das Wasserproblem in seiner Bedeutung zu erkennen und gemeinsam die Verantwortung zu übernehmen – in einer umfassenden Planung für das gesamte israelisch-palästinensische Gebiet. Bevor das geschehen kann, muss aber das Wasser gerecht verteilt werden.

Zu einer *umfassenden Planung* gehören die Konservierung des Wassers, die Kanalisation, aber auch eine den klimatischen Verhältnissen angepasste Bepflanzung. Zu einer umfassenden Planung gehört zudem die Wiedergutmachung begangener ökologischer Sünden. Was in den fünfziger Jahren als Wunder galt und weltweit – auch von uns – bestaunt wurde: die Landgewinnung durch Trockenlegung von Sümpfen nördlich von Tiberias, hat sich als gigantische Fehlplanung erwiesen, die das natürliche Gleichgewicht und zahlreiche Pflanzen und Tiere vernichtete. Wo sich früher mit dem Wasser der Jordanquellen Regenwasser in Fülle ansammelte und langsam ins Grundwasser versickerte, fliessen heute grosse Wassermengen ungenutzt in den Tiberias-See und von dort mit dem Jordan zum Toten Meer.

Auf *wissenschaftlicher Ebene* besteht eine israelisch-palästinensische Zusammenarbeit. Wir treffen uns kontinuierlich zu Workshops und Seminarien. Es besteht durchaus Übereinstimmung, wenn es um Umweltprobleme und ökologische Fragen geht. Schwierig wird das Gespräch, wenn eine Seite bewusst und auf Kosten der Ökologie politische Ziele in den Vordergrund stellt. Als ich zum Beispiel an einem Workshop von der Bedeutung des Terrassenbaus bei uns für die Instandhaltung unserer landwirtschaftlichen Kulturen sprach, unterbrach mich ein israelischer Kollege mit der Frage: Was soll das? Für ihn war das Gebiet der Westbank ohnehin nur für Siedlungen bestimmt und geeignet. Solche Reaktionen wecken auf unserer Seite bittere Gefühle. Was aber den Wasserhaushalt angeht, das Grundwasser und seine Konservierung oder schwere ökologische Probleme wie

Grundwasserverschmutzung und unkontrollierte Anwendung von Chemikalien, ist es für beide Teams klar, dass dies Fragen sind, die gelöst werden müssen.

Noch haben Umweltfragen nicht Priorität

Während nun aber auf israelischer Seite ein Umwelt-Ministerium besteht, mit einem Team von Leuten, die an diesen Fragen arbeiten und Daten sammeln, fehlt vorerhand das Bewusstsein für diese Problematik auf palästinensischer Seite, wo der von den Autonomiebehörden bestimmte Zuständige für Umweltfragen gleichzeitig der Verantwortliche für internationale Beziehungen ist. Er hat also weder die Zeit noch die Qualifikation und gibt auch umwunden zu, dass für ihn Umweltfragen nicht Priorität haben.

Auf wissenschaftlicher Seite sind wir über diese Haltung schockiert und versuchen klarzumachen, dass mit der Lösung der Umwelt-Probleme nicht zugewartet werden darf, bis allenfalls ein Staat entstanden ist, die Wirtschaft sich entwickelt hat und der Konflikt gelöst ist. Die Zeit drängt.

Versuche, ökologische Probleme zu erfassen, sind bereits im Gange, und zwar im Rahmen der *multilateralen Verhandlungen*, die mit dem Friedensprozess eingeleitet worden sind. So war ich zum Beispiel zusammen mit einem palästinensischen und einem holländischen Team an einer Publikation beteiligt, die über die ökologischen Verhältnisse im Gazastreifen – über Pflanzen, Tierwelt, Landwirtschaft, Wasser-Verhältnisse und Industrialisierung – Auskunft gibt. Für die besetzten Gebiete gibt es noch keinen solchen Überblick. Israel hat zwar für das gesamte besetzte Gebiet entsprechende Daten gesammelt, ist aber vorläufig nicht bereit, sie auszutauschen, damit wir sie weiterentwickeln könnten, um schneller zu Lösungen zu kommen. Diese Zurückhaltung wird mit «Sicherheitsfragen» begründet. Auch unseren holländischen Partnern gelang es nicht, an die israelischen Daten heranzukommen.

Auf palästinensischer Seite fehlt nun aber nicht nur die Infrastruktur. Es fehlen unter anderem auch *Erziehungsprogramme* für Schulen und für Erwachsene, damit die Menschen die Verantwortung für die Natur mittragen. Ob es gelingt, hier Veränderungen einzuleiten, ist eine Frage des Bewusstseins wie der Bildung, der Finanzen und der Infrastruktur. Es geht aber auch um das Recht der Palästinenser und Palästinenserinnen, sich an einer umfassenden Planung zu beteiligen und Selbstverantwortung übernehmen zu können. Eine Verhaltensänderung ist auch auf israelischer Seite nötig, wo zum Beispiel die Einwanderer – speziell aus wasserreichen Gebieten – zu sparsamem Wassergebrauch erzogen werden müssten.

In der Wasserfrage haben sich die israelischen Unterhändler seit Verhandlungsbeginn lediglich bereit erklärt, über die Neuverteilung der Wasserquoten, nicht aber über unser Recht auf die Nutzung unserer eigenen Wasserressourcen zu verhandeln.*

Verhandlungen als Diktat

In den bisherigen Verhandlungen ist vor allem eines klar geworden: dass der *israelische Staat die Oberhoheit* über die palästinensischen Gebiete behalten wird. Was den Verhandlungsprozess in Gang hält, ist sowohl für Arafat wie auch für Rabin die Drohung eines Misserfolgs. Arafat muss akzeptieren, was ihm von israelischer Seite aufgezwungen wird. Andernfalls droht man ihm mit dem Abbruch der Verhandlungen oder mit den nächsten israelischen Wahlen, welche die Regierung Rabin verlieren könnte. Wenn Arafat wieder einmal nachgegeben hat, dann heißt es in den europäischen Medien: «Man kam zu einer Einigung.» Für Arafat aber ist es eine Überlebensfrage, irgendwelche Resultate vorweisen zu können.

Manchmal habe ich das Gefühl, dass diese Art von «Verhandlungen» bzw. die *ständige Erpressung* und Durchsetzung der israelischen Interessen unter dem Deckmantel eines künftigen Friedens – es tut mir

weh, das auszusprechen – niemals Frieden bringen wird, wohl aber die Voraussetzungen für einen neuen Krieg schafft. Auf palästinensischer Seite spüren die Menschen, dass sie immer neu nachgeben müssen, stets die Verlierenden sind. Ihr Lebensraum und ihre Lebensmöglichkeiten werden weiterhin zunehmend eingeschränkt. Die an Südafrikas Vergangenheit erinnernden «Homelands», die der Regierung Rabin vorschweben mögen, sind für uns keine akzeptable Zukunftslösung.

Früher konnten wir jeweils protestieren. Heute haben wir zu schweigen, weil wir sonst angeblich den «Friedensweg» gefährden. Vorläufig reagieren unsere Leute noch wie gelähmt. Viele glauben wohl noch immer daran, dass diese Verhandlungen irgendwann Früchte tragen. Aber langfristig dürfte das gefährlich sein – es ist eine Brutstätte für *Wut und Hass*, die eines Tages platzen können. Darin liegt die Gefahr.

«Modell Schweizerkäse»

Die für das palästinensische Gebiet vorgesehenen Regelungen sind einfach: Das Gebiet wird geteilt, in rein israelische Gebiete für die Siedler und in rein palästinensische Gebiete – eben *Homelands*. Es tut mir weh, immer von «Siedlern» zu sprechen – ein Begriff, der in Europa und ganz allgemein positiv besetzt ist, Pionier- und Aufbauarbeit suggeriert. Für uns aber sind die Begriffe Siedler und Siedlung mit Ungerechtigkeit und Gewalt verbunden, mit dem Verlust von Boden und Wasser, mit der Zerstörung unserer Landwirtschaft. Diese illegal errichteten Siedlungen begrenzen unseren Lebensraum, unsere Bewegungsfreiheit und unsere Ressourcen.

Wir sprechen – was die Zukunft anbetrifft – von einem «Modell Schweizerkäse». Die *Löcher* sind die *palästinensischen* Orte; was darum herum liegt, ist unter israelischer Verwaltung und Kontrolle. Darum konnte der israelische Außenminister Shimon Peres, als er seinen Leuten Grundzüge des Vertragstextes erklärte, befriedigt feststellen: «Aus dem Vertragstext ergibt

sich, dass Israel weiterhin über 73 Prozent des Bodens in den besetzten Gebieten, über 80 Prozent der Wasservorkommen und über 97 Prozent der Sicherheitskräfte verfügen wird.» Das ist es, was in Wirklichkeit vereinbart wurde. Und die Palästinenser wurden gezwungen, es zu akzeptieren.

Es gibt *Erweiterungspläne* für sämtliche 140 in den besetzten Gebieten angelegten Siedlungen. Dagegen sind Erweiterungspläne für palästinensische Städte nur sehr begrenzt bewilligt worden. Für die Erweiterung palästinensischer Dörfer besteht keine Planung. Die Militärbehörden haben sich das Recht vorbehalten, allein über Erweiterung, Bebauung und Entwicklung der zum grössten Teil ländlichen palästinensischen Gebiete zu bestimmen. Das bedeutet: Die Entwicklung dieser Gebiete wie auch die Beschaffung von Wohnmöglichkeiten und Arbeitsplätzen bleibt auch in Zukunft in den Händen der israelischen Militärbehörden. Ein ökonomischer Erfolg der sogenannten *Autonomie*, der allein eine friedensfördernde Entwicklung bewirken könnte, ist somit eine *Illusion*. Die Erfahrungen im Gazastreifen lassen kaum erwarten, dass dies auch ein israelisches Anliegen sei.

Legalisierung der bestehenden Apartheid

Dazu kommt der *unterschiedliche Status* der Menschen. Im Gegensatz zu den Palästinensern sind die Siedler *bewaffnet*. Sie haben das Recht, bewaffnet durch die Strassen zu gehen und von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Selbstverständlich lehne ich eine Bewaffnung grundsätzlich ab. Aber die Tatsache, dass sich die einen bewaffnen dürfen und die anderen nicht, kann nur Krieg bedeuten. Die Unbewaffneten fühlen sich ständig bedroht. Paradox ist, dass es die Bewaffneten sind, die ständig nach Sicherheit schreien. Das ist es auch, was eine Annäherung der beiden Gemeinschaften verhindert. Wie können wir unsere Hand ausstrecken, wenn wir wissen, dass unser Gegenüber in seiner anderen Hand eine Waffe trägt?

Zu spüren, dass man sie mit Gewalt unterdrücken kann, führt wie die fortlaufende Rechtlosigkeit zur *Radikalisierung* unserer Leute und lässt sie Amok laufen. Es geht nicht an, von ihnen zu fordern: Macht mal Frieden; die anderen dürfen Waffen tragen, ihr nicht; die anderen dürfen sich entwickeln, ihr nicht – über euch bestimmt das Militär!

Weiterhin werden die Israelis als Militärbehörden über die Ein- und Ausreise wie auch über das Wohnrecht von uns Palästinensern bestimmen. Meine Brüder und Schwestern, die im Ausland leben, werden weiterhin eine israelische Genehmigung brauchen, um uns zu besuchen.

Das ist es, was man heute als «*Friedensprozess*» bezeichnet. Unter diesem Vorzeichen geschehen weiterhin Unterdrückung und Entrechtung. Was sich verändert hat: dass über Verhandlungen und mit der erzwungenen Zustimmung von Palästinensern die Apartheidsgesellschaft legalisiert wird.

* Die Verhandlungsergebnisse vom 24. September widersprechen dem hier Ausgeführten nicht grundsätzlich. Was die Wasserfrage anbetrifft, so wurde zwar das Recht der Palästinenser auf ihr eigenes Wasser offiziell anerkannt. Die genaue Aufteilung des Grundwassers soll aber erst in der Endphase der Verhandlungen (1997) zur Sprache kommen. Die Wasserrzuteilung soll erhöht werden, aber nur um einen Fünftel der von palästinensischer Seite geforderten Menge. (R.K.)